

ISOR aktuell

Nr. 12/97 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Dezember 1997

Liebe Freundinnen
und Freunde,
liebe Mitstreiter!

Das Jahr 1997 neigt sich seinem Ende zu und es ist an der Zeit, Rückschau zu halten und Vorschau zu üben.

Dank dem nun schon Jahre währenden Ringen aller Mitglieder von ISOR e.V. und auch anderer Vereinigungen um Rentengerechtigkeit, dank der Hilfe und Unterstützung durch unseren Freund Professor Azzola sowie der Rechtsanwälte Bleiberg und Schippert ist diese Auseinandersetzung für viele aus unseren Reihen, aber auch für viele, die daneben gestanden haben, zu einem ersten Erfolg gebracht worden.

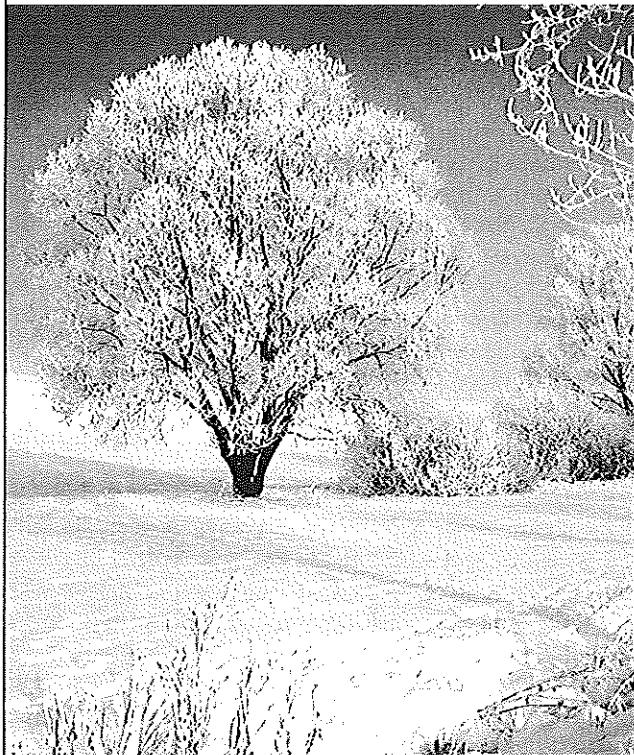
Aber noch haben nicht alle unsere Mitglieder und Sympathisanten ihre gerechten Ansprüche durchsetzen können. Es ist eine Schande, daß Menschen in dieser Republik für ihr bisheriges Leben politisch verleumdet und diskriminiert und durch die Kappung ihrer Renten dafür bestraft werden und sie deshalb unter dem Existenzminimum leben müssen.

Der Kampf muß also weitergeführt werden. Deshalb sollte jeder von uns und seine Freunde sich dem Protest gegen diese Willkür durch Eingaben (Petitionen) an die in- wie auch ausländischen Institutionen anschließen. Jede Stimme zählt dabei.

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir für alle zu einem befriedigenden Resultat kommen werden, auch weil die überwiegende Mehrheit unserer Vereinigung weiterhin solidarisch zusammensteht. Es sind nur einzelne, die mit dem für sie Erreichten zufrieden sind und uns leider deshalb verlassen. Die Einsicht in die Notwendigkeit unseres Kampfes ist aber stärker, denn die Anzahl der

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Frohe Weihnachten
und ein gesundes Neues Jahr!



Neueintritte ist weiterhin höher als die der Ausgeschiedenen. Allein in diesem Jahr sind unserem Verein bisher 1105 neue Mitglieder beigetreten, ausgeschieden leider insgesamt 642, darunter waren 280 Austritte.

Wenn ich in diesem Zusammenhang an die Entschließung unserer Vertreterversammlung im Sommer dieses Jahres denke, dann sehe ich für die Zukunft in der weiteren Mitgliederwerbung ein besonderes Anliegen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wieviel Kraft und Zeit es kostet.

Es geht doch nicht schlechthin um den Verein, sondern es geht um jeden ehemaligen Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR, auch um diejenigen, die heute noch das große Glück Arbeit und somit noch ein paar Jahre bis zu ihrer Rente haben. Eines steht jedoch fest: Bringen wir unseren Kampf nicht zu einem vernünftigen Ende, dann werden auch sie von der Rentenkappung eingeholt.

Ein weiterer Gedanke, der mich bewegt, ist

das Leben in unserer großen Gemeinschaft. Ich kann mir vorstellen und weiß aus Gesprächen mit den Mitgliedern: Wenn man jahrelang ungerecht behandelt wird, kann der Mut zum weiteren Kampf sinken oder gar verloren gehen. Ich bitte deshalb alle Mitglieder, sich gerade dieser Aufgabe des Zusammenhalts, der gegenseitigen Hilfe, der Sorge um den Mitstreiter zu widmen. Ich möchte allen, die sich dafür einsetzen und einsetzen, insbesondere den vielen Betreuern in den TIG, den Vorstandsmitgliedern, den Beiratsmitgliedern und den vielen, vielen Helfern ein großes Danke sagen.

Von Seiten des Vorstandes der ISOR e.V. werden alle Anstrengungen unternommen, um die Forderungen und Anregungen, die aus der Mitgliedschaft an uns gerichtet werden, umzusetzen und zu erfüllen.

So haben die Vorstandsmitglieder an einer ganzen Reihe von Jahresversammlungen teilgenommen. Die Schulungen und die Beiratsberatungen, die in den Ländern durchgeführt wurden, gaben dem Vorstand wertvolle Hinweise für die weitere Arbeit. Dieser engere Kontakt wird auch für die Zukunft Verpflichtung sein.

Es ist mir und dem gesamten Vorstand ein Bedürfnis, allen Mitgliedern der ISOR e.V. für die Aktivitäten zur Erreichung unserer Forderungen und Ziele einen herzlichen Dank zu sagen. Dank auch allen Mitgliedern, die durch die Erfüllung ihrer Spendenverpflichtung zur Stärkung unseres Vereins beigetragen haben.

Wir hoffen mit den Mitgliedern, daß das Bundesverfassungsgericht nach Recht und Gesetz zur Beendigung des Rentenstrafrechts die entsprechenden Beschlüsse fassen wird. Dennoch hilft nur Warten auf diese Entscheidung nicht. Gefragt ist weiterhin unser aktives gemeinsames solidarisches Handeln.

Ich bitte alle Mitglieder, sich durch keine Maßnahme der Regierungen und Parlamente sowie deren Ausschüsse, die gegen unsere sozialen Forderungen gerichtet sind, von unserem Kampf ablenken zu lassen.

Im Namen des Vorstandes und des Beirates wünsche ich für das Jahr 1998 alles erdenklich Gute, Gesundheit und Freude im Kreise der Familie und auch der Freunde. Möge das Jahr 1998 weitere Erfolge in unserem Kampf bringen.

Vorsitzender

Aus „Neues Deutschland“ vom 28. Oktober 1997:

Statt Rentenreform schlicht Sozialabbau

**In der Diskussion um die gesetzliche Altersversorgung
wurden Vorschläge von Opposition und Sozialverbänden ignoriert**

von PETRA BLÄSS, MdB und Dr. MARTINA BUNGE

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist eine Reform mit derart weitreichenden Wirkungen in solch unsäglichem Tempo über die Bühne gezogen worden, wie die Rentenreform à la Blüm. Für die Bundesrepublik üblich war bisher ein über ein Jahrzehnt gehender Diskussionsprozeß von Wissenschaftlern, Gewerkschaftern sowie Experten von Verbänden und Rentenversicherungsträgern – ehe die Politik gesetzgeberisch tätig wurde. Anders bei der Rentenreform '99. Noch im vorigen Jahr ließ Bundessozialminister Blüm verlauten, die Renten sind sicher – obwohl er mittels diverser Sparpakete eine Kürzung nach der anderen vollzog.

Dieses Jahr plötzlich andere Töne: Die Reform ist unaufschiebar. Ende Mai wurde ein Referentenentwurf vorgelegt. Am 27. Juni 1997, drei Tage nach Verabschiedung des Gesetzentwurfs durch die Koalitionsfraktionen, fand bereits die erste Lesung im Bundestag statt. Nach einer dreitägigen Sachverständigenanhörung im Juli und drei formellen Ausschußberatungen im September wurde das Reformpaket am 10. Oktober im Bundestag beschlossen.

Viele Änderungen, wenig Substanz

Für Rentenreformen war sonst auch ein Konsens zwischen Regierungskoalition und Opposition üblich. Und diese Reform, die nicht nur die jetzige Rentnergeneration, die rentennahen Jahrgänge, sondern auch die Alterssicherung der heute 30- bis 40-jährigen betrifft, hätte einen breiten Konsens gut vertragen. Doch dieser Konsens war weder im Bundestag noch außerhalb vorhanden. Mit unglaublicher Ignoranz begegnete die Koalition der Ablehnung der Rentenreform im Bundesrat, den Warnungen etablierter Verbände, den Mahnungen von Protestveranstaltungen. Engagierte Bürger sprechen aus, was viele denken: Mit dem forcierten und tiefgreifenden Sozialabbau muß endlich Schluß sein.

Zwar brachte die Koalition nach der Anhörung noch 66 Änderungsanträge zum Gesetzentwurf ein, doch viele Korrekturen waren nur formaler Art – am unerträglichen Gehalt der Regelungen wurde verschwindend wenig geändert:

- Geblieben ist die Senkung des Rentenniveaus von 70 auf 64%. Damit wird die gesetzliche Rente nun völlig ihrer lebensstandardsichernden Funktion entledigt und auf zusätzliche private Vorsorge gesetzt. Immer mehr Menschen werden im Altern zumindest Abstriche am Lebensstandard machen müssen, wenn nicht gar in die Sozialhilfe

abrutschen.

- Geblieben ist im Gesetz die Abschaffung der Berufsunfähigkeitsrente und die Installierung einer unzureichenden zeitlich befristeten Teil- bzw. Voll-Erwerbsminderungsrente. So wird das Risiko nicht sachgerecht, sondern einzig auf die gesundheitlich Beeinträchtigten abgeschoben.
- Geblieben ist der Abschlag für Erwerbsminderungsrenten, zwar abgemildert auf maximal 10,8 Prozent statt 18 Prozent, dennoch wird für Teilerwerbsgeminderte die Sozialhilfebedürftigkeit zur Norm werden.
- Geblieben ist die Heraufsetzung des Rentenalters für Schwerbehinderte von 60 auf 63 Jahre. Einzig zurückgenommen wurde die Verschärfung der Zugangsbedingung von 50 auf 60 Prozent Grad der Behinderung. Diese massiven Einschnitte stehen im krassem Widerspruch zu dem im Grundgesetz inzwischen festgeschriebenen Gebot, daß niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf.

Erwartungsgemäß brüstet sich die Koalition mit der leicht verbesserten Anerkennung von Kindererziehungszeiten (bis 2000 von jetzt 75 auf 100 Prozent des durchschnittlichen Einkommens und additiv zu anderen Anwartschaften für Bestandsrentnerinnen und Neuzugänge). Diese Veränderung ist durch das Bundesverfassungsgericht erzwungen worden. Makaber ist das Hochspielen dieses Fakts angesichts der vielen Verschlechterungen, die insbesondere mit dem Spargesetz vom letzten Sommer vorgenommen wurden.

Zu den Leistungskürzungen auf der einen Seite kommt nun noch die andere Seite, daß die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt erhöht werden soll, um einen zusätzlichen Bundeszuschuß an die Rentenkassen zu ermöglichen. Dazu wurde am Tag der Verabschiedung der Rentenreform ein Refinanzierungsgesetz in den Bundestag eingebracht, dessen Schicksal völlig offen ist, da hierbei der Bundesrat anders als bei der Rentenreform zustimmungspflichtig ist.

Der Bundeszuschuß soll eigentlich die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Funktionieren der Rentenversicherung garantieren. Doch wem wird nun die Belastung aufgebürdet? Denen, die heute und morgen sowieso schon durch die Rentenreform betroffen sind.

Hoffen auf Wechsel im nächsten Jahr
Die Regierungskoalition hat einen einzigartigen Erfindungsreichtum für Kürzungsvorschläge und Finanzierungskrähen entwickelt. Al-

les ist zu einer finanztechnischen Debatte verkommen. Die Regelungen sind unsozial und systemzerstörerisch, tatsächlicher Reformbedarf bleibt außen vor. Der gegenwärtige neoliberalen Kurs von Deregulierung und Sozialabbau war bei der Verabschiedung des Gesetzes am 10. Oktober 1997 mit der jetzigen politischen Kräftekonstellation nicht aufhaltbar. Aber es gibt das berechtigte Hoffen auf einen Wechsel 1998.

Und dann muß auch die Rentenreform neu in Angriff genommen werden. Davon ging auch ein von der SPD vorgelegter Entschließungsantrag aus. Allerdings favorisiert der als Grundlage nur die eigenen Vorstellungen. Wir meinen, es liegt eine Vielfalt von Vorschlägen vor, die Grundlage einer Rentenreform sein könnten. Auch Bündnisgrüne und die PDS haben im Parlament alternative Anträge vorgelegt. Gewerkschaften und Verbände, wie die Volksolidarität, der Sozialverband Reichsbund oder die Rheumaliga, haben ebenfalls interessante Konzepte vorgestellt. All dies gilt es zu prüfen – bis auf wenige Ausnahmen scheint alles kombinier- und verhandelbar.

Im weiteren gehen die Verfasserinnen ausführlich auf die Konzepte der Oppositionsparteien, deren Unterschiede und Gemeinsamkeiten ein.

Abschließend wird festgestellt:

Natürlich erfordern Verbesserungen im Rentenversicherungsrecht mehr Geld. Wir sind daher froh, daß sich die SPD in ihrem Antrag endlich für das Prüfen einer Wertschöpfungsabgabe ausspricht, wofür sich die PDS seit Jahren einsetzt. Mit einer Wertschöpfungsabgabe könnte an die tatsächliche Leistungskraft der Unternehmen angeknüpft werden, nicht an den Löhnen, nicht an der Betriebsgröße oder der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern an dem, was ein Betrieb in Mark und Pfennig erwirtschaftet.

Sowohl SPD als auch Bündnisgrüne wollen über einen Kapitalstock für einen begrenzten Zeitraum nachdenken, dem steht die PDS hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Realisierbarkeit sehr skeptisch gegenüber. Eine wirkliche soziale Reform ist unseres Erachtens ohne Umverteilung des produzierten Reichtums nicht möglich. Je größer der durch eine Umverteilung von oben nach unten gewonnene finanzielle Spielraum ist, desto mehr kann die Rentenversicherung armutsfest, gerechter und attraktiver gemacht werden.

Petra Bläss ist sozialpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag. Dr. Martina Bunge Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsgruppe.



Aus der Postmappe

Wir sollten sie beim Wort nehmen!

Am 13. 11. 1997 wurde das Gesetz zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes in 2. und 3. Lesung im Deutschen Bundestag beraten und mit den Stimmen aller im Bundestag vertretenen Parteien verabschiedet. Es geht darum, daß 52 Jahre nach Kriegsende Nazi-Verbrechern, vornehmlich Angehörigen der Waffen-SS, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen haben, die Entschädigungsrente für gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden infolge Kriegseinwirkungen, gestrichen werden soll. 52 Jahre nach Kriegsende ist dies nach meiner Auffassung eine zwar richtige, aber nahezu unwirksame Entscheidung, denn die meisten dieser Verbrecher leben nicht mehr, und die notwendige Einzelfallentscheidung verzögert die Umsetzung des Gesetzes ohnehin ins unendliche. Das Gesetz selbst ist nicht mehr als ein rechtsstaatliches Feigenblatt.

Interessant sind aber die Ausführungen verschiedener Mitglieder des Bundestages. Frau BIRGIT SCHNIEBER-JASTRAM (CDU/CSU) führte u.a. aus: „Sozialrecht ist kein Strafrecht. Verbrechen sollen im Gefängnis verbüßt werden und nicht durch Altersarmut. Der Rechtsstaat verdient seinen Namen nicht zuletzt wegen seiner immanenten Systematik, wegen der Gleichheit aller vor dem Gesetz.“ An anderer Stelle: „Der Nachweis einer individuellen Schuld muß ... geführt werden.“ Hier wird unzweideutig dem rechtsstaatlichen Prinzip des individuellen Schuld nachweises das Wort geredet. Auch die Position zur Hinterbliebenen- (also Witwen-) Versorgung ist sehr interessant, denn da heißt es: „60% der Bezieher von Leistungen aus dem Bundesversorgungsgesetz sind Witwen, die häufig nicht einmal wissen, welche Verbrechen ihre Männer ... begangen haben. Sie dafür haftbar zu machen, ... und sie in Armut schicken, das wäre ... verantwortungslos.“

Die SPD-Abgeordnete ULRIKE MASCHER meint: „Es geht dabei (dem Änderungsgesetz) nicht um die allgemeinen Altersrenten oder Pensionsansprüche ... sondern es geht darum, ob eine Entschädigungsrente für gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen einer Schädigung infolge Kriegseinwirkung gestrichen oder gekürzt werden kann.“ Also, die Altersrente oder Pension eines Kriegsverbrechers darf nicht angetastet werden und für Witwen, die Hinterbliebenenversorgung erhalten, kann „... das Vertrauen auf die Fortgewährung der Leistung überwiegen.“ Auch Frau Mascher

spricht sich gegen eine Vermischung von Straf- und Sozialrecht aus.

Ein letztes Beispiel – Frau Dr. GISELA BABEL (FDP) meint: „Sozialrecht darf nicht zu strafrechtlichen Zwecken genutzt werden. Aber hier sind es Sozialleistungen, die nicht auf den eigenen Beiträgen der Betroffenen beruhen. Insofern ist das eine andere Bewertung als bei der Rente.“ Und: „Nach meiner Auffassung ist es auch ein Gebot des Rechtsstaates, daß vor Versagung einer sozialen Leistung individuell die Schuld nachgewiesen werden muß.“

Liebe Freunde, seit 1950 hat man im sogenannten Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland keinen Anstoß an einer bevorzugten Versorgung von Nazi-Verbrechern genommen. Mit dem Bundesversorgungsgesetz von 1950 wurden diese eher begünstigt.

Zitat des Monats:

*„Wer sich selbst
krümmt,
kann andere
nicht aufrichten“*

Chinesisches Sprichwort

Wenn wir nun unsere Strafrenten und die Begründung für diese durch CDU/CSU und FDP betrachten, dann kann man die vorstehenden Ausführungen nur als Heuchelei und als Versuch der Verdummung der Öffentlichkeit klassifizieren. Wir sollten die Politikerinnen und Politiker tatsächlich beim Wort nehmen, ihnen ihre eigenen Argumente vorführen und sie sowohl individuell als auch öffentlich zur Stellungnahme herausfordern. Auch deshalb sollten wir unsere Proteste und Forderungen immer wieder formulieren und die verfassungsrechtlichen Ansprüche immer wieder stellen.

Karl Rehbaum, Bischofrode

★

Runder Tisch arbeitet

In der ISOR aktuell Nr. 8/97 erschien die Meldung, daß auf Initiative der TIG Wolgast ein „Runder Tisch der sozialen Verbände“ gebildet wurde.

Wir können berichten, daß inzwischen der „Runde Tisch“ seine Arbeit voll aufgenommen, ein Arbeitspapier beschlossen und erste Erfahrungen und Erkenntnisse ausgetauscht hat. Mehr als zwei Dutzend Vereine, Organisationen und Parteien haben sich bis jetzt dem „Runden Tisch“ angeschlossen.

Es war für uns von Bedeutung, daß wir Mitstreiter fanden in DGB, ÖTV, IG-Metall, PDS und SPD, Frauenorganisationen, BRH, DBWV, Arbeitslosenzentrum u.a.m. Noch haben wir nicht alle erreicht, aber unsere Organisationen gewinnen durch unsere Aktivität.

Übereinstimmend stellten die Vertreter fest, daß bei der wachsenden Arbeitslosigkeit und ihrer negativen Auswirkung auf alle Bereiche des sozialen Lebens wir die Solidarität aller benötigen. Nur durch den solidarischen Zusammenschluß aller können wir von unten her den Widerstand verstärken. Es wurde erkannt, daß wir uns eng mit den parlamentarischen Vertretungen zusammenschließen wollen und uns von kleinen Schritten zu größeren sozialen und politischen Problemen vorarbeiten. Als erste konkrete Aufgabe wurde beschlossen, im Dezember zur Lage der Frauen und Jugendarbeitslosigkeit im Osten Stellung zu nehmen und konkret die Auswirkungen zu analysieren.

Werner Najmann, TIG Wolgast

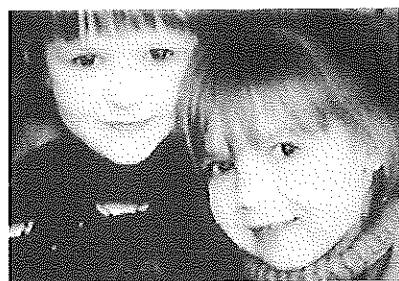
★

Nur 250 DM ...

... reichen für die dreiwöchige Kur eines Tschernobyl-Kindes in nichtverstrahlten Gebieten seiner Heimat.

Spendenkonto:

**4385 2050 00 bei der
Berliner Bank AG
BLZ 100 200 00**



SODI

Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI)
Grevesmühlener Straße 16
13059 Berlin
Tel.: (030) 928 6047
Fax: (030) 928 6003

Angeregt durch das Gedicht von Erik Neutsch in **ISOR aktuell** Nr. 8/97 sandte uns unser Mitglied Jochen Theek aus Berlin das nachfolgende Gedicht.

*Es stand ein Baum in unser'm Land,
der hohe Anerkennung fand.*

*Der Menschen ungeteilte Süchte
waren gerichtet auf die Früchte,
die von des Baumes Zweigen fielen,
um sich so richtig satt zu fühlen.*

*So ging dahin die schöne Zeit,
die, ach, so viele hat gefreut,
wenngleich ein jeder Baum wohl hat
so manches müde, welke Blatt,
nicht, weil die Blätter nichts mehr taugen,
doch weil die Früchte Säfte saugen.*

*Die Zeit ging hin, es ward vergessen,
was wir wohl lange schon besessen
an Wohlstand, Sattheit, Sicherheit,
bis eines Tages kam die Zeit
der satten Unzufriedenheit,
weil alles Selbstverständlichkeit.*

*Der Baum verlor nunmehr an Kraft,
weil ihm entzogen Lebenssaft.
Die Zweige ließ er kraftlos hängen,
als man durch Schimpf ihn wollt' verdrängen.
So hat man ihn dann über Nacht
lauthals und neidvoll umgebracht.*

*Der beste Baum kann nicht bestehen,
wenn wir ihm an die Rinde gehen.
Wenn wir ihn schänden statt zu pflegen,
fällt von solch einem schwachen Baume
nie wieder eine reife Pflaume
und aus ist's mit dem warmen Regen.*

*Drum lassen wir den Kopf nicht hängen,
das Leben wird vom Sein bestimmt
und läßt sich ewig nicht verdrängen,
wenn alles einst von vorn beginnt.
Die Zukunft liegt in uns'ren Händen,
denn wir nur können's Leben wenden.*

*So sollten sachlich wir betrachten,
was wir nicht ganz zu Ende brachten.
Man raubt uns jetzt die Lebensräume,
zu pflanzen neue, stärk're Bäume,
doch werden einst sie stolz und kühn
zu neuem Glück wieder erblüh'n.*

Aus dem Vereinsleben

Unsere TIG Hettstedt sandte am 9. 10. 97 eine Protestresolution zu Fragen des noch bestehenden Rentenstrafrechts für einen Teil von ehemaligen Angehörigen bewaffneter Organe der DDR, der Amnestie für ehemalige Kundschafter der DDR sowie der Auflösung der Gauckbehörde an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages.

Die Protestresolution wurde durch Listen mit 373 Unterschriften von Mitgliedern und Sympathisanten verstärkt.

Am 15. 10. 97 erhielt die TIG Antwort in Form einer Eingangsbestätigung mit der Bitte, sich zu gedulden.

E. Seeland



Protest gegen Rentenstrafrecht und politisch motivierte Strafverfolgung wurde verstärkt

In Schwerin erhöhten die Mitglieder der TIG in den letzten drei Monaten erheblich ihr Protestverhalten. Es gelang in kurzer Zeit zunächst ca. 60 - 80 Einzelpetitionen und Schreiben an Bundestagsabgeordnete sowie an internationale Gremien gegen das Fortbestehen des Rentenstrafrechts zu versenden. Die Aktivitäten dazu gehen weiter. Auf einer sehr gut besuchten Solidaritätsveranstaltung im Oktober 1997 gemeinsam mit der TAG der GRH Schwerin gegen die Praktiken der „Siegerjustiz“ wurde gegenüber dem dort referierenden Prof. Dr. Joseph, ehemals juristische Fakultät der Humboldt-Universität Berlin, und dem ehemaligen Kommandeur des Grenzkommandos Nord, Generalmajor a. D. Fritzsche, welcher selbst im Besitz seiner Anklageschrift ist, volle Solidarität bekundet. Es wurden mehrere hundert im Vorfeld und während der Versammlung gesammelte Protestunterschriften übergeben. Der Freund Fritzsche wurde darüber hinaus gebeten, Möglichkeiten zu prüfen, um allen bisher zu Unrecht Verurteilten und besonders den inhaftierten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR die herzlichsten Solidaritäts- und Kampfesgrüße zu übermitteln.

In diesem Zusammenhang gestatten wir uns, die Mitglieder der TIG Stendal und auch die der TAG der GRH für die erfolgreiche Begleitung von Angeklagten der ehemaligen Grenztruppen in deren schwerem Prozeß und den dadurch erreichten Freispruch herzlichst zu beglückwünschen. Auch für unseren gemeinsamen weiteren Kampf um Rentengerechtigkeit gab dieses beispielhafte Verhalten neuen Mut.

Siegfried Felgner



Aus der TIG Güstrow berichtet Walter Krüger: Am 27. 10. 97 fand unsere Mitgliederversammlung statt. Wiederholte nahmen wir zu den inhaltlichen Problemen der Vertreterkonferenz vom 14./15. Juni 1997 Stellung. Die Mitglieder bekennen sich zur Aufgabenstellung im Rin-

gen um Rentengerechtigkeit bis auch der Letzte eine gerechte Rente erhält. Dabei werden die bewährten Formen und Methoden des Protestes an politische Parteien und Abgeordnete mit Nachhaltigkeit fortgeführt. Da die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS weiterhin mit 0,7 Entgelpunkten bedacht sind, wurden besonders diese Mitglieder zu größeren Aktivitäten inspiriert. Der Vorstand begrüßte die Notwendigkeit der Einhaltung abgegebener Verpflichtungen und erläuterte umfassend das Schreiben des Vorstandes vom 12. 4. 1997. Unklarheiten konnten in dieser Sache bei den Mitgliedern ausgeräumt werden. Dem Grundsatz der Vertreterversammlung Rechnung tragend, pflegen wir sehr intensiv die solidarische Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Vereinen und Verbänden.

Erstmals nahm an der gemeinsamen Beratung der Vorsitzende der Geschäftsstelle der Volkssolidarität des Kreisverbandes Mecklenburg-Mitte e.V. teil. Er versicherte den Widerstandsgedanken unserer Vereine und Verbände gegen bestehendes Rentenunrecht geeignet mit seinen Möglichkeiten zu unterstützen. „Man muß mehr im Territorium zusammenrücken, um die soziale Hilfestellung für die Betroffenen in ihrer oftmals hilflosen Situation spürbarer werden zu lassen. Gerade ältere, bedürftige Menschen fühlen sich oft allein gelassen. Sie brauchen die Hilfe der Gemeinschaft und sind dafür sehr, sehr dankbar.“ Unser Bestreben als TIG ist, die älteren und hilfsbedürftigen Mitglieder in die Versorgung und Betreuung über und mit der Volkssolidarität einzugliedern. Darin eingebunden soll auch die wohnungsmäßige Ausstattung in von der Volkssolidarität bewirtschafteten Wohnungen erfolgen.



Es besteht eine nunmehr schon mehrjährige aktive Zusammenarbeit der Vorsitzenden oder Vorstandsmitglieder von in Erfurt tätigen Verbänden. Unter dem allseitig akzeptierten Vorsitz von Günter Nickoll, Landesvorsitzender des BRH Thüringen, treffen sich, zumeist monatlich, die jeweils Verantwortlichen der örtlichen Vorstände von DBwV, BRH, DGB, GBM, Seniorenschutzbund, Volkssolidarität und ISOR zu Gesprächen. Dabei wurden und werden Aktivitäten beraten und vorbereitet, die auf die Beseitigung des Rentenunrechts, auf Widerstand gegen die vielfältigen Formen des Sozialabbaus, wie Rentenreform, Sparpakete, Gesundheitsreform und andere gerichtet sind. Im Ergebnis wurden gemeinsame, von allen Vertreter unterzeichnete bzw. gebilligte Petitionen/Schreiben an Minister Seehofer und an andere Einrichtungen und Persönlichkeiten gerichtet. Die Antworten zeigen, daß unsere Aktivitäten sehr wohl registriert werden und nicht einfach unter den Tisch fallen.

Fortsetzung von Seite 4

Bisheriger Höhepunkt der gemeinsamen Aktionen war eine Kundgebung am 20. September unter der Schirmherrschaft des DGB Thüringen unter den Losungen

- Für tariflich geregelte Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- Für aktive Arbeitsmarktpolitik
- Für solidarisch finanzierte Gesundheit und Rente.

Die erwartete Zahl von 5000 Teilnehmern wurde laut Polizeiangaben weit übertroffen (Schätzung der Polizei: 8000).

Bei der Kundgebung beteiligten sich unsere Organisationen aktiv. Die TIG war erstmalig mit einem Informationsstand vertreten, der Interesse fand und Ausgangspunkt für Kontakte mit ehemaligen Angehörigen bewaffneter Organe wurde.

Unsere Beziehungen untereinander sind auch darauf gerichtet, die Verbindungen zwischen den Verbänden/Vereinen enger zu gestalten. Gegenseitige Besuche bei Veranstaltungen sind die Normalität. Veranstaltungen der Gewerkschaften, der PDS, des Seniorenschutzbundes und anderer werden genutzt, unsere Standpunkte darzulegen und, sofern notwendig, unseren Protest deutlich zu machen.

Manfred Steinle

★

Im Mittelpunkt des Jahresversammlung der TIG Berlin-Treptow stand die Weiterführung des Kampfes gegen Rentenstrafrecht und Versorgungsunrecht sowie die weitere Stärkung der Organisation. Im Rechenschaftsbericht des Vorstandes wurden die Aktivitäten vieler Mitglieder, die sich brieflich an Verantwortungsträger und Einrichtungen des Bundestages gegen Rentenunrecht gewandt hatten, gewürdigt. In der Versammlung wurde ein Appell ehemaliger Angehöriger der NVA, der Volkspolizei und des Zolls an die Fraktionen des Bundestages zur Beseitigung des noch bestehenden Rentenstrafrechts gegenüber ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS verlesen, der die Unterstützung der Versammelten durch Unterschriftenleistung erhielt. In der Entschließung wandten sich die Mitglieder gegen weiterbestehendes Rentenstrafrecht und Versorgungsunrecht.

Manfred Leistner

★

Im Jahre 1997 trafen sich die Mitglieder der TIG Gräfenhainichen – 12 Orte schließen sie ein – auf Stützpunktbasis. Es wurde damit eine verbesserte territoriale Breitenarbeit erreicht und gleichzeitig die Entwicklung in den Kommunen zur Kenntnis genommen. Die Zusammenkünfte in Zschornewitz/Ruderzentrum, Gräfenhainichen/Ferropolis-Stadt aus Eisen (Expo

2000), Möhlau/Freibadanstalt, Selbitz/Dorfgestaltung frischten teilweise Bekanntschaften auf und würdigten den Fleiß von Verantwortlichen und Bürgern bei sinnvoller freiwilliger Arbeit in den Kommunen.

Für 1998 sind Zusammenkünfte in weiteren Gemeinden des Einzugsbereiches der TIG und auch überkreislich zur Festigung des solidarischen Zusammengehörigkeitsgefühls auch unter willkommener Teilnahme von Familienangehörigen angedacht.

M. Gödicke, TIG Gräfenhainichen

★

Die Macher dieses Blättchens wünschen allen unseren Lesern ruhige und gesunde Feiertage und ein gesundes neues Jahr.



Wir bedanken uns bei allen, die uns mit ihren Gedanken und Zuschriften unterstützt haben und verbinden das mit der Bitte um weitere gute Zusammenarbeit.

Die TIG Wefensleben hat im November eine weitere Informationsveranstaltung durchgeführt. Schwerpunkte waren Auswertung der Beiratssitzung, weitere notwendige Aktivitäten zur Beseitigung des Rentenstrafrechts - wie Widersprüche und Petitionen durch alle unsere Mitglieder, Suche nach Verbündeten und Gewinnung weiterer Mitglieder sowie die weitere Belebung unserer Vereinsarbeit.

Weiter führte die TIG einen Preisskat und eine Harzfahrt mit gutem Erfolg durch.

Eine Unterschriftensammlung zur Erfurter Erklärung erbrachte 28 Unterschriften.

Ein gemeinsamer Brief an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und FDP wurde verfaßt und abgeschickt.

Am 18. 12. 97 findet unsere Jahresabschlußversammlung mit den Ehefrauen statt. Dabei soll auch der gemütliche Teil, Essen und Trinken, nicht zu kurz kommen. Kleines Kulturprogramm ist mit eingebunden.

★

Die Mitglieder der TIG Neustrelitz berieten auf ihrer Mitgliederversammlung, wie durch verstärkte Aktivitäten der Beseitigung des Rentenstrafrechts Nachdruck verliehen werden kann. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß es notwendig ist, durch Proteste und Schreiben an Politiker und Abgeordnete die Forderung nach vollständiger Beseitigung des selben zu erheben. Alle Anwesenden wollen sich mit persönlichen Schreiben an den Petitionsausschuß wenden.

Darüber hinaus sollen Angehörige, Freunde und Bekannte angesprochen werden um zu erreichen, daß sie sich ebenfalls für dieses Ziel verwenden.

Um den Informationsfluß zu den Mitgliedern zu verbessern, gibt der Vorstand monatlich ein Informationsblatt als Beilage zu **ISOR aktuell** heraus. Darin wird auf aktuelle Probleme verwiesen, es werden Termine zu Versammlungen und Sprechtagen bekanntgegeben, den Geburtstagskindern des jeweiligen Monats wird gratuliert und über „dies und das“ berichtet.

Die Mitglieder und ihre Ehepartner wollen sich aus Anlaß des Weihnachtsfestes und Jahreswechsels zu einem gemütlichen Beisammensein treffen.

★

Der Geist unverminderten solidarischen Zusammenwirkens im Ringen im Gerechtigkeit prägte die Jahresversammlung der TIG Berlin-Prenzlauer Berg. Sowohl die konstruktiven Ausführungen von Beiratsmitglied Prof. Horst Bischoff und Rainer Rothe, Mitglied der AG Recht, zur Situation und zu den aktuellen Aufgaben im juristischen und politischen Wirken von ISOR e.V. als auch die leidenschaftlichen Diskussionsbeiträge unterstrichen: Verstärken wir unseren Protest gegen die unzureichenden Rentengesetze, prüfen wir im bevorstehenden Wahljahr, wie die Kandidaten sich für eine sozial gerechte Gesetzgebung einsetzen!

Die AG Recht informiert

Nochmals zum Anspruch auf Höherversicherung

Entsprechend der Empfehlung in **ISOR aktuell** Nr. 7/97 haben viele unserer Mitglieder Widerspruch gegen ihren **Rentenbescheid** mit dem Ziel eingelegt, letztendlich die Neuregelung zusätzlicher Versorgungsleistungen zu erreichen. In den Widersprüchen wird dazu auf-

Fortsetzung auf Seite 6

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentenrechte und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Fortsetzung von Seite 5

grund der über die Beitragsbemessungsgrenze hinausgehenden Beitragszahlungen eine zusätzliche Leistung nach Maßgabe der Höherversicherung begeht.

Ob die Lösung so oder in einer anderen Form zusätzlicher Versorgung erreicht wird, kann niemand voraussagen.

Sicher ist nur, daß dazu auf dem Weg über die Gerichte letztlich eine grundsätzliche Äußerung des Bundesverfassungsgerichts über die Notwendigkeit der Neuregelung zusätzlicher Versorgungsansprüche für ehemalige Angehörige von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen angestrebt werden muß. Deshalb werden nun auch die Klageverfahren mit dem Ziel einer solchen verfassungsgerichtlichen Entscheidung geführt.

Bei einzelnen Mitgliedern hat die Empfehlung zur Widerspruchsführung zu gegenwärtig noch nicht begründeten Erwartungen geführt. Es würde Illusionen wecken, schon jetzt anhand der Regelungen über die Höherversicherung einen konkreten Zugewinn an Rente auszurechnen. Wie das Ergebnis letztlich aussehen wird, d. h., wie der gleichheitswidrige Zustand beseitigt wird, ist noch nicht voraussehbar. Ob letztlich geleistete Beiträge als „Höherversicherung“ anerkannt werden oder eine pensionsähnliche oder andere Zusatzversorgung geregelt wird, ist im Ergebnis auch nicht das Entscheidende. Wir dürfen nicht vergessen, daß es jetzt um mehr geht als um die „normale“ Rente. Schon deshalb wird der Weg dahin noch lang sein.

Die Rentenversicherungsträger erteilen nicht unerwartet zurückweisende Widerspruchsbefehle; das auch zum Teil in den Verfahren, in denen das Ruhen beantragt wurde. Es liegt jetzt an jedem Einzelnen selbst, darüber zu entscheiden, ob Klage geführt werden soll. Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte hierzu die Bevollmächtigung eines Rechtsanwalts unumgänglich sein. Soweit bereits das Anwaltsbüro beauftragt wurde, sind die ersten Verfahren bei den zuständigen Gerichten anhängig.

Wir empfehlen, Widersprüche entsprechend den Orientierungen auch weiterhin zu führen, selbstverständlich wird das Anwaltsbüro Bleiberg und Schippert unsere Mitglieder im Falle der Bevollmächtigung auf diesem Weg begleiten.

Der Vorstand teilt mit:

Auf seiner Sitzung am 26. November befaßte sich der Vorstand u. a. mit Mitteilungen des Petitionsausschusses an Vorstand und Mitglieder über den formellen Abschluß des Petitionsverfahrens (siehe nachfolgenden Beitrag), der Planforschreibung 1997, der Vorbereitung des Tages der Menschenrechte und verurteilte das „Krankenhausnotopfer“, das dieser Tage von allen Krankenversicherten abverlangt wird, als weiteren Bestandteil der Demontage des sozialen Systems der Bundesrepublik.

Petitionsrecht nicht beschneiden lassen

Eine Reihe von Mitgliedern hat uns mitgeteilt, daß der Petitionsausschuß nach neuerlichen Petitionsschreiben mit Hinweis auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 162/91 und 1 BvR 1178/86) antwortet, ein Recht auf erneute Prüfung und Beantwortung der Petition bestünde nicht. Auch der Vorstand erhielt diese Antwort. Trotzdem hat der Vorstand beschlossen, sich erneut an den Ausschuß zu wenden. Wir lassen uns durch formale Spitzfindigkeiten nicht beirren, unsere Stimme zu erheben, um den Regierenden in Bonn die Verfassungswidrigkeit des Rentenstrafrechts vor Augen zu führen. Auch wenn man nicht antworten sollte, kann man zumindest hinter den Kulissen die große Zahl der Proteste nicht übersehen. Im übrigen besteht auch aus formalen Gründen ein Recht auf Antwort, wenn im erneutem Petitionsschreiben neue Argumente und bisher nicht vorgetragene Sachverhalte enthalten sind. Laßt Euch nicht entmutigen!



Der Vorstand bestätigte in seiner Sitzung am 26. November ein Schreiben des Vorsitzenden der ISOR e.V. an die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, Frau Christa Nickels, in dem ISOR e.V. sich gegen den formalen Abschluß des Petitionsverfahrens wendet. Abschließend heißt es in dem Schreiben:

„Namens ISOR e.V. und seiner über 25.000 Mitglieder erkläre ich, daß das Anliegen unserer Petition nicht erledigt ist,

solange nicht grundsätzlich unterschiedslos und nach sachlich nachvollziehbaren Maßstäben für alle noch vom Rentenstrafrecht Betroffenen Gleichheit im Rentenrecht mit der gesamten Bevölkerung hergestellt ist, in der die differenzierte Lebensarbeitsleistung nach gleichen Maßstäben für alle mit angemessener Altersversorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung gewürdigt wird.

Bis dahin wird ISOR e.V. mit allen Mitteln der

politischen und juristischen Unterstützung an der Seite der noch immer Benachteiligten stehen.“



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HERBERT ADAMS, Saßnitz
SIEGFRIED APPENFELLER, Berlin-Köpenick
ROLF BORMANN, Frankenberg
HORST DITTL, Chemnitz
HELMUT DÖRRIES, Berlin-Friedrichsfelde
JOACHIM DRECHSLER, Leipzig
STEFAN FREUND, Berlin-Prenzlauer Berg
KARL-HEINZ FRICKE, Neubrandenburg
CHRISTINE FUHRMEISTER, Eisenach
FRITZ GÜNZEL, Bernburg
KLAUS KÖNIG, Ahlbeck
WOLFGANG MAAß, Delitzsch
GÜNTHER MEIER, Magdeburg
HANS-DIETER PETERSEN, Magdeburg
MANFRED PILZ, Görlitz
PETER RAAB, Berlin-Marzahn
URSULA SCHEDDIN, Potsdam
WILHELM SCHMIDT, Rostock
ILSE SEIFERT, Dresden
GERHARD SMETANA, Halberstadt
SIEGFRIED SPLITTERBERGER, Frankfurt/Oder
RUDI STEINER, Rochlitz
CHARLOTTE TOTZ, Berlin-Friedrichshain
GÜNTHER WAEGER, Magdeburg
DIETER WAGNER, Leipzig
GÜNTHER ZELLMANN, Floh/Thüringen

Ehre ihrem Andenken.

Druckfehlerberichtigung

Infolge eines Übertragungsfehlers wurde der Name des verstorbenen Edmund Dahm aus Frankfurt/Oder (Nr. 11/97) falsch geschrieben.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

29 78 43 18 - AG Öffentlichkeitsarbeit

- „ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag und Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich

do Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!